

Die Bauerngewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 24 + 33. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 11. Juni 1932

Ein neuer Kurs?

Die Steuerung des deutschen Staats- schiffes an allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Klippen vorbei, ist sicher die schwierigste Aufgabe, die je von Staatsmännern zu erfüllen war. Dem politischen Leben wäre besser gedient, wenn bei Beurteilung dieser Dinge mehr sachlich und weniger agitatorisch verfahren würde. Unser jetziges Zeitalter ist wie keines je der Beweis dafür, daß trotz größter Volksnot, die doch zusammenführen sollte, enge Parteitagitation die Betrachtung staatspolitischer Vorgänge verzerrt und damit das vorhandene Uebel in noch größerem Ausmaße erscheinen läßt, als es an sich schon ist.

Wir stehen zu der Grundauffassung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, daß parteipolitische Betrachtungen aus dem Rahmen der Gewerkschaftsdiskussion herauszubleiben haben. Die Grenzen hierfür wollen wir allerdings selbst finden und uns nicht durch außenstehende Besserwisser vorzeichnen lassen. Außerhalb der Grenzen unserer Neutralität steht aber jede Art von Sozialismus, die dem Persönlichkeitswert im Sinne des Christentums zuwider ist und jede Art von Bestrebungen, die dem sozialen Auf- und Ausbau im Gesellschaftsleben entgegenzuwirken versuchen. Der Sozialismus und der unsoziale Geist dürfen also, unter welchem Namen sie auch vorgehen, auf unsere Neutralität keine Ansprüche anmelden.

Die deutschen Reichsregierungen der Nachkriegszeit hatten ein böses Erbe zu verwalten. Ein verarmtes und verhungertes Volk forderte die primitivsten Lebensrechte. Der politisch mündige Staatsbürger empfand die Demütigungen seines Staates durch unsere Kriegsgegner als schärfste persönliche Herabwürdigung. Der wirtschaftende Mensch war in allen seinen Handlungen durch die Fäden und Grenzen, die ein sogenannter Friedensvertrag der deutschen Wirtschaft auferlegt und mit unerhörten „Reparationsverpflichtungen“ noch bitterer gewürzt hatte, beengt. Das soziale Wollen stieß sich dauernd am Nicht-Können der Träger des sozialen Ausgleiches, weil der erarbeitete Mehrertrag deutschen Fleißes nicht in die Volkswirtschaft hineingesteckt, und damit indirekterweise den notleidenden Volksschichten gegeben werden konnte, sondern den Reparationsgläubigern überantwortet werden mußte. Das Verhalten der als soziale Reaktion bekannten Wirtschaft- und Gesellschaftskreise wird durch diese Feststellung nicht in die Volkswirtschaft hineingesteckt, und damit indirekterweise den notleidenden Volksschichten gegeben werden konnte, sondern den Reparationsgläubigern überantwortet werden mußte. Das Verhalten der als soziale Reaktion bekannten Wirtschaft- und Gesellschaftskreise wird durch diese Feststellung nicht in die Volkswirtschaft hineingesteckt, und damit indirekterweise den notleidenden Volksschichten gegeben werden konnte, sondern den Reparationsgläubigern überantwortet werden mußte. Das Verhalten der als soziale Reaktion bekannten Wirtschaft- und Gesellschaftskreise wird durch diese Feststellung nicht in die Volkswirtschaft hineingesteckt, und damit indirekterweise den notleidenden Volksschichten gegeben werden konnte, sondern den Reparationsgläubigern überantwortet werden mußte.

verfloßene Reichsregierung wollte weiter durch die schonungslose Herausstellung der wirklichen deutschen Kapitalnot alle aus Scheingeschäften und Voreingenommenheiten entstandenen Auffassungen über Deutschlands Zahlungsfähigkeit gegenüber den Reparationsbegehrern klarstellen. Am geläufigsten Bild verglichen: ebenso wie der Ansprücherhebende auf Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung dem Arbeitsamt seine Notverhältnisse und damit sein Recht auf öffentliche Fürsorge klarstellen muß, so wollte Deutschland sein politisches und soziales Recht auf Erlaß der Reparationsschulden vor aller Welt öffentlich darlegen. Daß dieses Bestreben nicht auf dem Wege einer künstlichen Wirtschaftsbelebung, sondern nur auf dem eines zeitweisen Arbeitens mit den vorhandenen Eigenmitteln erfolgen konnte, ist für den Einsichtigen klar. Wiederum betonen wir aber, daß damit nicht jede wirtschaftliche Maßnahme der verfloßenen Reichsregierung gedeckt werden kann. Die Drosselung der Bauwirtschaft bleibt nach wie vor eine Angelegenheit, die unter diesem Gesichtspunkt nicht zu rechtfertigen ist. Auch bei der notwendigen Hervorkehrung des deutschen Armenseins war die Zerstörung eines binnenwirtschaftlichen Zweiges der Gesamtwirtschaft nicht erforderlich. Die Politik der verfloßenen Reichsregierung gegenüber der Bauwirtschaft war falsch bis in die Wurzeln. — Die Deflationpolitik hat der Arbeiterchaft die größten Opfer auferlegt. Ziel des gewesenen Reichsarbeitsministers war, wie bereits angedeutet, die Grundrechte der Arbeiterchaft sicherzustellen. Ueber das Ausmaß der Lohnkürzungen, über die ungerechte Art gegenüber der Bauwirtschaft, haben wir wiederholt unsere Meinung geäußert und bleiben bei ihr. Trotz alledem würdigen wir die sozialen Absichten des gewesenen Reichskanzlers und Reichsarbeitsministers in dem von ihnen verfolgten Ziel.

Eine Reichsregierung, deren Pläne mit den Absichten der obersten Reichspitze nicht mehr übereinstimmen, ist gegangen. Ein Teil dieser Pläne war auf neue soziale Opfer der unteren Volksschichten abgestellt. Es gab aber Kreise, denen diese Opfer nicht genügten und die bei Befassung der Bezüge anderer Volksschichten (Gehälter, Pensionen, Grundrenten usw.) an armen Invaliden- und Unfallrentnern ungeheure Vorkasse vornehmen wollten. Das soziale Wollen der verfloßenen Reichsregierung ging weiter dahin, durch Umsiedlung in menschenleere östliche Gebiete des Reiches das Arbeitslohnheer für die Dauer um einen bestimmten Prozentsatz zu entlasten. Dem letzten großagrarische Kreise das Streben auf eine ungehemmt hohe Bodendrehte entgegen, trotzdem gerade die zur Siedlung ins Auge genommenen Großgüter wiederholt mit Reichs- und Landesmitteln janiert und immer wieder neu verschuldet waren. Den Gedanken, auf dem von ihnen selbst bei der Steuerveranlagung angegebenen Ertragswert die Bodenentschädigung vorzunehmen, bezeichneten sie als Verletzung des Eigentumsbegriffes, als Bolschewismus. Im Verein mit diesen Kreisen haben die Großindustriellen des Westens, auch wenn die „Deutsche Bergwerkszeitung“ es leugnet, ihre alten Bestrebungen auf Aufhebung der Arbeitslosenversicherung, generelle Bedürftigkeitsprüfung bei Unterstützungsanträgen, Aufhebung des Schlichtungswesens, Aufhebung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen und Aufhebung des Allgemeinverbindlichkeitsaktes neu erhoben. Neben den Meinungsverschiedenheiten in der Behandlung außenpolitischer Fragen war es insbesondere die soziale Frage, die zu einer Aenderung des Reichskurses geführt hat.

Eine neue Reichsregierung ist da! Ihre Würdigung durch die politischen Parteien braucht uns als Gewerkschaftler nicht zu hören. Auch ihre Zusammensetzung aus Gesellschaftskreisen, die sich seither selbst betont von den arbeitenden Volksschichten abgegrenzt haben, soll uns kein

Grund sein, sie ohne weiteres als nicht sozialempfindend abzulehnen. Daß wir ihr mit größter Vorsicht gegenüberstehen, ist aber selbstverständlich. Äußerungen und Handlungen von Herren der heutigen Reichsregierung in früheren Tagen stehen zu den Zielen der christlichen Arbeiterbewegung in Widerspruch. Besteuerungen, die Politik der seitherigen Regierung fortzuführen, müssen zunächst als schöne Worte gewertet werden. Wir nehmen nicht zur Gesamtpolitik Stellung. Daß aber die heutige Regierung keinen Reichsarbeitsminister finden konnte, beweist nicht nur, daß der Posten des Reichsarbeitsministers einer der schwersten ist, sondern auch die Persönlichkeiten, die Form und Mut für diesen Posten haben, in Deutschland nicht dicht genug sind. Nicht Wirtschaft ist Arbeit, sondern Arbeit ist Wirtschaft. Der Reichsarbeitsminister als Wirtschaftsminister ist eher denkbar, als der Reichswirtschaftsminister als Reichsarbeitsminister. Bei Handlungen und Maßnahmen kommt es nicht nur darauf an, was gewollt wird, sondern wie sie empfunden werden. Die deutsche Arbeiterchaft und in ihr in betonter Form die christliche Arbeiterchaft sieht in der Nichtbesetzung des Reichsarbeitsministeriums mehr wie nur eine persönliche Lücke.

Die erste große politische Tat der neuen Reichsregierung ist die Auflösung des Reichstags und die Ansetzung von Neuwahlen. Nach Lage der Dinge ist das die logische Fortsetzung eines begonnenen Gedankens. Das Volk soll entscheiden, ob es in seiner Mehrzahl den neuen Bestrebungen zugeneigt ist. Wir werden uns voraussichtlich mit den der Volksbefragung zugrunde liegenden Gesamtgedanken noch ausführlicher befassen müssen. Die Not ist leider in den letzten Jahren bei Volksabstimmungen nicht immer eine ruhig abwägende Beraterin gewesen. Sie hat in manchen Dingen das Urteil getrübt. Wir haben darüber zu wachen, daß in den sozialen Belangen das Gewissen des Volkes wachgehalten und neu durchsäuert wird. Eine Reichstagswahl unter dem Stigma der außenpolitischen Befreiung und innerpolitisch gerechten Lastenverteilung findet die christliche Arbeiterchaft an der Seite derer, bei denen die Begriffe von Vaterlandsliebe und Volksgemeinschaft ebenso mit warmem Herzen wie mit kühlem Verstand betrachtet werden. Das deutsche Volk setzt sich zu 70 Prozent aus Schichten zusammen, die durch Abfindung in Form von Lohn und Gehalt nur unzulänglich an der Gesamtwirtschaft beteiligt sind. Eine Steuerung des Reichskurses gegen sie würde nicht nur soziale Verelendung und Unterdrückung, sondern weit mehr, die politische Katastrophe bedeuten. Das zu verhindern, und schon Bestrebungen hierzu rechtzeitig zurückzuweisen, ist eine der großen Aufgaben der christlichen Arbeiterbewegung.

Die christliche Arbeiterbewegung und die christliche Gewerkschaftsbewegung fühlt sich unabhängig von Regierungen und Ministerien. Sie ist in der Vorkriegszeit auch ohne und gegen Ministerien gewachsen. Sie wird die sozialen Rechte des Arbeiterstandes in allen Zeitläuften und unter allen Regierungsformen vertreten. Die Not hat vielleicht den einen oder anderen in unserem Lager apathisch gemacht. Die staatspolitischen Vorgänge beweisen ihm, daß Apathie Selbstauflösung ist. In den nächsten Wochen und Monaten wird voraussichtlich in Deutschland wiederum stark um die Vorherrschaft des sozialen Geistes vor dem Geist eines sogenannten Individualismus gerungen werden. Es wird erfolgreich für den Gesellschaftskreis sein, der gewackelt, selbstbewußt und zu Opfern für das Endziel bereite Angehörige zur Verfügung hat, Sing und Zweck der christlichen Arbeiterbewegung ist auch, im Staats- und Gesellschaftsleben dem Arbeiter den ihm zuständigen Platz zu erringen und zu erhalten. Daß jeder einzelne sich hier seiner Pflicht bewußt sei, das ist die Mahnung der Stunde!

Am Anfang das Ende sehen . . .

Mit der zunehmenden Wirtschaftsnot wächst auch ihr schlimmster Begleiter, der Radikalismus, ins Ungemessene. Die Arbeiterschaft, die bisher noch die treueste Stütze der Ordnung war, droht diesem Radikalismus der bürgerlichen Schichten ebenfalls anheimzufallen. Auf sie wurden alle Lasten abgewälzt. Sehr zutreffend schreibt die „Textilarbeiter-Zeitung“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, in der Nummer 21 vom 28. Mai 1932: „Bei dem Kampf gegen die angeblich zu hohen Arbeiterlöhne und Sozialbeiträge wurde geflüsterlich übersehen, daß die märchenhaften Direktorengelälter sowie der überspannte Aufwand mancher Industriekapitäne die Produktion in viel stärkerem Ausmaße belasteten. Feststellungen dieser Art werden von der „Bergwerkszeitung“ als kommunistisch abgetan. Dagegen wurde alles auf die Arbeiterlöhne gehegt: die Presse, die Öffentlichkeit und die Regierung. Das geschah unter dem Schlagworte: Senkung der Löhne bringt Ankurbelung der Wirtschaft, aber auch Senkung der Preise und damit der Lebenshaltungskosten. Die Aktion der Wirtschaft hatte Erfolg. Die Löhne wurden wesentlich gekürzt. Wo aber blieb die Ankurbelung der Wirtschaft, und wo werden Arbeiter eingestellt? Nirgendwo, im Gegenteil stieg die Erwerbslosigkeit zu nicht geahnter Höhe. Was an Preisentwertung herauskam, wurde durch die Einführung der überaus hohen Bürgersteuer wieder illusorisch gemacht. Trotzdem erwiesenermaßen die Wirtschaftskrise mit Lohnkürzungen nicht aufzuhalten ist, weil dadurch die Kaufkraft breiter Volksschichten noch immer mehr geschwächt wird, ist dennoch der Sturm auf die Löhne erneut entbrannt.“

Es scheint wirklich so, als wenn es der Wirtschaft nur darauf ankommt, die Arbeiterschaft mürbe zu machen und sie dadurch in die Front der Radikalen abzudrängen, die den Arbeitern alles versprechen, in Wirklichkeit aber die Werkzeuge für die Reaktionskräfte der Arbeitgeber sind. „Der Kampf wurde“, so schreibt die „Textilarbeiter-Zeitung“ a. a. O., „unternehmerseitig schon vor Jahren vorbereitet und eingeleitet. Nach und nach schwenkten immer neue Wirtschaftsgruppen in die antisoziale arbeitnehmerfeindliche Linie ein. Heute steht diese Front geschlossen da und drängt zur Entscheidung. Das Programm dieser reaktionären Gesellschaft besagt inhaltlich: Wiederbeseitigung alles dessen, was der Arbeiterschaft seit Kriegsausbruch an Rechten eingeräumt wurde: Beseitigung des Tarifrechts, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens, des Betriebsratsgesetzes, des Gesetzes zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. An dessen Stelle behördlich kommunale Fürsorge mit strengster Bedürftigkeitsprüfung, wobei die Beitragspflicht der Arbeiter weiter bestehen, die der Unternehmer jedoch wegfallen soll. Zurückverdrängung der Sozialversicherungsgegebung bis zur Bedeutungslosigkeit für die Versicherten, wenn nicht sogar deren gänzliche Beseitigung, Beschränkung der Koalitionsfreiheit und Wiedereinführung eines abgestuften Wahlrechts.“

Auf die Erreichung dieses Zieles zielt die gesamte arbeitnehmerfeindliche, soziale Reaktion hin. An der Spitze steht die von jeder sozialistischen eingestellte rheinisch-westfälische Schwerindustrie. Dann aber gehören zu ihr auch eine Anzahl deutscher Hochschulpromovierten, des jeneren eine Anzahl mehr oder minder gut bezahlter Goldschreiber. Die Front erstreckt sich bis in die Kreise des höheren Beamtenstands. Auch die Hartzburger Front, an

deren Spitze der reaktionäre deutschnationale Abgeordnete Hugenberg steht, hat sich die antisozialen Bestrebungen zu eigen gemacht.

Wie das in vollem Fluß sich befindende Ringen zwischen der sozialen Reaktion und der Arbeiterschaft enden wird, das hängt mit von der Einstellung der Arbeiterschaft ab. Sollte die arbeitnehmerfeindliche Front ihre Pläne und Absichten verwirklicht bekommen, dann wäre der deutsche Arbeiter seiner politischen Gleichberechtigung entkleidet und wieder das Schicksal der Gesellschaft. Wirtschaftlich entrechtet, wäre er wieder der ohnmächtige arme „Teufel“ von ehemals, mit dem das Unternehmertum dann hemmungslos nach seinem Belieben verfahren könnte.

Dabei bedienen sich die reaktionären Unternehmer der radikalen Gruppen, die sie mit allen Mitteln unterstützen und groß machen. Fallen die Arbeiter, zermürbt durch die wirtschaftliche Not, den falschen Versprechungen dieser radikalen Gruppen anheim, bedeutet das für die reaktionären Unternehmer den vollen Sieg, für die Arbeiter jedoch die völlige Entrechtung auf Jahrzehnte hinaus. „So weit darf es jedoch nie und nimmer kommen. Dem Willen der sozialen Reaktion der arbeitnehmerfeindlichen Strömungen muß der Lebens- und Aufstiegszweck der Arbeiterschaft entgegengesetzt werden. Das liegt im Interesse der Wirtschaft selbst und im Interesse des gesamten deutschen Volkes.“

Bodenreformtag in Danzig

Unter höchster Beteiligung fand zu Pfingsten der 34. Bundestag der Deutschen Bodenreformer in Danzig statt. Man hatte gerade Danzig als Tagungsort gewählt, um damit die starke Verbundenheit dieser abgetrennten deutschen Stadt mit dem Mutterlande zu betonen. Alle Beratungen und Rundgebungen in Danzig, Zoppot und auf der alten Marienburg zeigten, wofür starken Anteil man in allen Schichten und Berufsgruppen unseres Volkes der Tagung entgegenbrachte.

Dr. Damajshke wurde einstimmig unter starkem Beifall zum Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Die Wahlen zum Bundesvorstand brachten u. a. die Neuwahl von Prof. Dr. Brauer, Prof. Folkers, Geheimrat Paulz, Senatspräsident Spittel, M. d. L., Helene Wessel und Frau Wegscheider. Eine Dampferfahrt Danzig-Zoppot machte alle Teilnehmer mit den für das Deutschtum abträglichen Hafenerhältnissen von Gdingen bekannt.

Der Vortrag von Damajshke über „Arbeit und Aufgaben des Bundes“ gab ein eindrucksvolles Bild von der Größe und Aufgabe der Bodenreform. Prof. Auhagen, der Leiter des Ost-Europa-Institutes, Breslau, sprach über „Die russische Agrarrevolution und ihre Lehren für die deutsche Landwirtschaft“. Die Stalinsche Politik bedeute die völlige Sozialisierung der Landwirtschaft. Der Erfolg sei vollkommen ausgeblieben. Auf dem Lande herrsche Unterernährung und in weiten Gebieten Hungersnot. Die Stalinsche Politik mit ihrem Zwangscharakter, ihrem Terror und dem Versuch, das Familienleben der Bauern zu zerstören, sei für Deutschland untragbar. Der deutsche Bauer müsse auf seiner Scholle frei schalten können. Ein festes, privates Besitzrecht mit der notwendigen Umgestaltung nach bodenreformerischen Grundsätzen bietet die beste Gewähr für die Zukunftsentwicklung der deutschen Landwirtschaft.

Der Vortrag von Damajshke über „Bodenreform und Landwirtschaft, die Zins knechtschaft und ihre Ueberwindung“ fand mit Recht höchste Beachtung. Ohne Gesundung der Landwirtschaft sei ein dauernder Aufstieg unseres Volkes nicht möglich. Die heutige Not, unter der die Landwirtschaft leide, — betrage doch die Verschuldung bereits mehr als 12 000 Millionen Mark, — sei auf Grund des bestehenden, alten Bodenrechts geworden. Eine organische Ueberwindung sei nur möglich durch ehrliche Durchführung der in dem Bodenreformartikel 155 der Verfassung geforderten Wirtschaftsheimstätte. Diese Wirtschaftsheimstätten schühen jeden Besitzer vor der Zwangsversteigerung. Kein schaffender Bauer kann so von seiner Scholle vertrieben werden. Die grundlegende Reform kommt, weil sie kommen muß.

Senator Dr. Althoff, Danzig, sprach über die erfolgreiche Heimstättenpolitik dieser deutschen Stadt. Er könne sich keinen Stadtbauverlei denken, der nicht zugleich ein überzeugter Bodenreformer sei. Allgemein freudig begrüßt wurde die Bekanntgabe, daß Danzig bald ein Reichsheimstättengesetz schaffen werde. Ueber „Bodenreform und Steuerreform“ sprach Katasterdirektor Blatten, Schwanau. Die Steuern dürften nicht ungleichmäßig veranlagt werden. Durch eine organische Reform der Gesetzgebung überhaupt sind Mittel zu beschaffen zur Gesundung der Finanzen im Reich, Länder und Gemeinden. Die Grundrente, die nur den nackten Boden trifft und die Arbeits- und Kapitalaufwendungen nicht ersetzt, ist gerecht zu machen.

Ueber die „Ausbauheimstätte und ihre Finanzierung“ sprach Johannes Zubahn, Berlin und Jurist Dr. Pierz, Düsseldorf. Dieser neue Plan gibt einen bedeutsamen Beitrag zur Frage dauernder Arbeitsbeschaffung. Der Heimstättengarten soll wirtschaftlich einen Erfolg für ausfallende Lohnanteile bei Verkürzung der Arbeitszeit bieten. Die schnell entfäl-

deten Ausbauheimstätten bewirken eine Befreiung unseres Volkes aus der Zinsgebundenheit. Mit einem Vortrag von Dr. Schmid über „Die Finanz- und Steuerpolitik des Deutschritterordens“, im Extremter der Marienburg und einer Rundgebung, mit Besuchen in Elbing und dem Nationaldenkmal Tannenbergl, schloß die Tagung.

Gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit ist die Bodenreform die starke Hoffnung von Millionen deutscher Menschen. Nur deutsche Bodenreform vermag dauernd deutsches Land deutschen Menschen zu erhalten. Sie ist die Voraussetzung für die Erneuerung der Nation, für einen gesunden Neuaufbau unseres Volkes. Die Bodenreformer unter der Führung Damajshkes dürfen hoffen, daß das Echo und die Wirkung ihrer so stark besuchten Danziger Tagung eine sehr nachhaltige sein wird, zum Segen unseres ganzen Volkes!

Geburtenrückgang und Wanderung — ihre Wirkung auf die Großstädte

Die Bevölkerungszunahme in Deutschland ist in stetem Rückgang begriffen. Zwar ist noch keine Abnahme der Bevölkerungsziffer festzustellen; der Geburtenüberschuß wird aber von Jahr zu Jahr geringer, so daß schon in wenigen Jahren mit einem Rückgang der absoluten Bevölkerungsziffer in Deutschland zu rechnen ist. Ohne Zweifel ist dieser Umstand zum größten Teil auf die in Deutschland herrschende Arbeitslosigkeit und auf die damit verbundene Not weitestverbreiteter Bevölkerungsteile zurückzuführen. Im Durchschnitt aller 50 deutschen Großstädte kamen im Jahre 1929 auf 1000 Einwohner noch 13,3 Lebendgeburt. 1930 ging diese Zahl auf 13,0 zurück, und im Jahre 1931 betrug sie nur noch 11,7. Dessen 11,7 Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner stehen 10,3 Gestorbene gegenüber. Dabei ist zu bemerken, daß die Zahl der Gestorbenen erst seit dem Jahre 1930 wieder leicht angestiegen ist. Die Differenz zwischen Lebendgeborenen und Gestorbenen ist im Durchschnitt aller deutschen Großstädte also nur noch äußerst klein. Hinzu kommt noch, daß für die deutschen Großstädte im Durchschnitt ein Wanderungsverlust von 5,2 auf 1000 Einwohner errechnet wurde. Die Einwohnerzahl der Großstädte ist durchschnittlich um 3,9 auf 1000 Einwohner im Jahre 1931 zurückgegangen.

Von insgesamt 50 Großstädten nahm in 22 die Bevölkerungsziffer im Jahre 1931 noch zu, und zwar zwischen 0,1 (Braunschweig) und 10,5 (Stuttgart) auf 1000 Einwohner. Die verhältnismäßig günstige Entwicklung in Stuttgart ist zum größten Teil (8,8 auf 1000 Einwohner) auf Wanderungsgewinn zurückzuführen. In den übrigen 28 Großstädten nahm die Bevölkerungsziffer zwischen 0,4 (Essen) und 10,2 (Berlin) auf 1000 Einwohner ab. In Nürnberg ging die Einwohnerzahl um 0,6 auf 1000 Einwohner zurück, ebenso in Kassel, in Halle um 0,7, in Erfurt um 0,9 und in Wiesbaden und Bielefeld um 1,0. In allen diesen Städten ist der Rückgang der Bevölkerungsziffer durch den Wanderungsverlust bedingt. Berlin hat den verhältnismäßig größten Rückgang seiner Einwohnerzahl festzustellen. In Berlin kamen im Jahre 1931 auf 1000 Einwohner nur noch 8,7 Lebendgeborene. Damit hat Berlin unter allen deutschen Großstädten einen Rekord aufgestellt, denn in keiner Großstadt war eine derart niedrige Geburtenziffer zu verzeichnen. Die Sterblichkeit in Berlin mit 11,3 auf 1000 Einwohner im Jahre 1931 wird nur von drei Städten übertroffen, und zwar von Königsberg mit 12,6, Augsburg und Breslau mit je 11,5. Einer äußerst niedrigen Geburtenziffer steht in Berlin also eine verhältnismäßig hohe Sterblichkeit gegenüber, wozu noch ein Wanderungsverlust von 7,7 auf 1000 Einwohner kommt. Die Einwohnerzahl Berlins ist demnach um mehr als 1 Prozent im Jahre 1931 zurückgegangen.

An zweiter Stelle stehen Hamburg und Frankfurt am Main mit einer Abnahme der Einwohnerzahl um 9,3 auf 1000. Hamburg hat noch einen geringen Geburtenüberschuß (11,4 Lebendgeborene und 10,8 Gestorbene) zu verzeichnen. Der Rückgang der Bevölkerungszahl hat also keine Ursache in der starken Abwanderung. In Frankfurt am Main, wo die Einwohnerzahl in gleichen Verhältnis abgenommen hat, war der Geburtenüberschuß noch etwas höher als in Hamburg. Wenn im ganzen die Bevölkerungsziffer aber den gleichen Rückgang wie in Hamburg aufzuweisen hat, so ist das auf den noch stärkeren Wanderungsverlust in Frankfurt am Main zurückzuführen.

Interessant ist die Entwicklung in der westlichen Industriestadt Bochum. Wie in allen westdeutschen Großstädten, so ist auch in Bochum noch ein erheblicher Geburtenüberschuß vorhanden (14,2 Lebendgeborene und 8,8 Gestorbene auf 1000 Einwohner). Trotzdem ist in Bochum die Einwohnerzahl um 8,9 auf 1000 Einwohner im Jahre 1931 zurückgegangen. Seinen Grund hat das in dem Wanderungsverlust von 14,3 auf 1000 Einwohner. Den größten Wanderungsverlust hat Gelsenkirchen mit 15,9 auf 1000 Einwohner aufzuweisen. Die Bevölkerungsabnahme beträgt hier nur 7,0, weil Gelsenkirchen noch einen ganz erheblichen Geburtenüberschuß hat (8,8 auf 1000 Einwohner). In Gelsenkirchen wurden noch im Jahre 1931 doppelt so viel Kinder geboren als Todesfälle festzustellen waren. Es trifft fast ausnahmslos für alle Großstädte des industriellen Westens zu, daß sie einen mehr oder weniger starken Wanderungsverlust zu verzeichnen haben, daß aber der Rückgang der Bevölkerungs-

Baumzahlen aus 1931

Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturjahrgang wird der gesamte Baumzweigs im Jahre 1931 auf einen Wert von etwa 4 Milliarden RM. veranschlagt. Der Wohnungsbau ist daran schätzungsweise mit 1,7 Milliarden RM., der gewerbliche Bau mit 1,5 Milliarden RM., der öffentliche Bau und der gesamte Tiefbau mit rund 1 Milliarde RM. beteiligt. Den stärksten Rückgang hat der Tiefbau. Da hier bei Unterlassung der Reparaturen aber die größten Gefahren bestehen, wird im laufenden Jahr ein verhältnismäßig größerer Betrag für Unterhaltung von Straßen, Kanälen, Eisenbahnen usw. aufgewandt werden müssen. Bei den nur im geringen Maße zur Verfügung stehenden Kapitalmengen besteht die Gefahr, daß denn auch von dieser Seite her der Baumzweig des Hochbaus beeinträchtigt wird. Durch Wohnungsambau, Reparaturarbeiten usw. konnte diese Gefahr abgemildert werden. Der Anteil der Haushalte am gesamten Wohnungszugang ist im ersten Vierteljahr 1932 in den Groß- und Mittelstädten auf rund 18 Prozent gestiegen.

Die geringe Baumziffer des letzten und jetzigen Kalenderjahres an Sanierungsarbeiten erklärt sich daraus, daß der sogenannte „Ueberhang“ von begonnenen aber noch nicht fertiggestellten Bauten bei der jetzigen Wirtschaftslage geringer wird. Die einzelnen Jahre bieten hierfür interessante Zahlen. So betrug der Ueberhang von einem Jahr zum andern:

1925/26	112 000	Wohnungen
1926/27	114 000	„
1927/28	142 000	„
1928/29	150 000	„
1929/30	162 000	„
1930/31	147 000	„
1931/32	54 000	„

ziffern deshalb nicht so sehr zu Buch schlägt, weil sie noch über beachtliche Geburtenüberschüsse verfügen.

Die Abwanderung von der Stadt zum Land besagt nun nicht ohne weiteres, daß ein Dauerumschwung eintritt. Sie ist vielmehr die natürliche Reaktion gegen den früher überspannten zentralisierten Industrialismus.

Rundschau

Die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge im Rechnungsjahr 1931

Im Rechnungsjahr 1931 wurden aus den Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge bei der Reichsanstalt und in der Form von Zuschüssen aus Reichsmitteln 41,4 Millionen RM. ausgegeben.

Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 25. Mai 1932 die Verordnung über die Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes bei landwirtschaftlichen Siedlungen veröffentlicht.

Am 11. Juni 1932 ist der vierundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Gegen Rowdymanieren ein Nothrecht

Mit Abscheu wendet sich das gesunde deutsche Volk von den unwürdigen Vorgängen in unsern Parlamenten. Gemeint sind gewisse Vorgänge im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die „Christliche Arbeiterhilfe Westdeutschlands“

Der Bericht der Christlichen Arbeiterhilfe Westdeutschlands (Rheinland und Westfalen) für das Jahr 1931 weist aus, daß die verschiedensten Gebiete der Wohlfahrtspflege bearbeitet wurden.

Für die Frauen

Gottvertrauen

Es ist das Gewerkschaftsblatt dazu da, auch diese mehr in das religiöse Gebiet schlagende Frage zu behandeln? Jawohl! Ein christliches Gewerkschaftsblatt und eine christliche Arbeiterfamilie brauchen ihr inneres Empfinden zu den Fragen des Lebens nicht zu verstecken.

Die heutige Notzeit unseres Volkes, die besondere Notzeit im Berufe unserer Männer und Söhne erfordert sehr oft bei den eintretenden Spannungen den Ausgleich durch die sittlichen Kräfte.

Familienpflege ist die besondere Aufgabe der Frau. Familienpflege im Not ist doppelt hohe Bestimmung. Geduld, Ausdauer und auch Takt sind da besonders schätzenswerte Kräfte.

aus Gründen der Verärgerung entgegengesetzt handeln, würde dem von uns mit Recht verurteilten unsozialen Tun mancher Leute, aber auch dem unsozialen Handeln mancher Arbeiter in der Wirtschaft gleichzusetzen sein.

Gesundheitspflege im Juni

Durch warme Tage und laue Nächte ist der Monat Juni ausgezeichnet. So angenehm wir dies auf der einen Seite empfinden, so bringt auf der andern dieser Witterungscharakter unserer Gesundheit auch gewisse Gefahren.

Leicht verderbliche Speisen bewahre man an einem kühlen Orte auf. Vor allem verdient die Milch, die Nahrung des Säuglings, gesteigerte Aufmerksamkeit.

Sehr wichtig ist es, alle Speisen gegen Verunreinigung von außen zu schützen und der Übertragung von Krankheitskeimen durch Fliegen wirksam entgegenzutreten.

gen, Zuschneiden und Flickeln gelernt. 3230 Männer und Frauen sind als ehrenamtliche Helfer in der Familien- und Jugendfürsorge tätig.

Bilanz der Unfallversicherung für 1931

In dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1931 sind bereits Ausführungen über den Gesamtaufwand der Unfallversicherung des abgelaufenen Jahres enthalten.

den Speisen nicht nur Typhus, Paratyphus und Ruhr, sondern sogar Tuberkulose übertragen werden.

Der Juni bringt uns auch das erste heimische Obst, dessen gesundheitlicher Wert nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

Wollen wir uns also in ungestörter Gesundheit des Junis und seiner Gaben freuen, so gilt es, ein wenig aufzupassen, um jene gesundheitlichen Gefahren zu vermeiden, auf die wir in Kürze hingewiesen haben.

In drei Tagen

1750 Prozent Handelspanne!

Vor kurzem berichtete die „Königliche Zeitung“ über eine spezielle Preisentwicklung des holländischen Gemüsemarktes.

„In Bovenkarspel, dem größten Blumenkohlmärkte der Welt, verkauften ein Landwirt ein Zettelchen in einem großen Blumenkohlkopf mit der Mitteilung: „Dieser Blumenkopf erzielte bei der Auktion 2 Cent; wieviel wird der Verbraucher zahlen müssen?“

Das bedeutet: 2 Cent (3,4 Pf.) Einstandspreis — 35 Cent (59,5 Pf.) Verkaufspreis = 1750 Prozent Handelspanne!

Was in Holland geschieht, erfolgt in nicht minderem Umfang in vielen Produkten auch in Deutschland.

Tarifnachrichten

Stroh-, Beton- und Tiefbaugewerbe.

Von den in Nummer 23 der „Baugewerkschaft“ als ungetarnt bezeichneten Gebieten wurden am 10. Mai noch die Tarifbereiche Grünberg, Groß-Hamburg und Schleswig-Holstein geeinigt und beiderseits die Allgemeinverbindlichkeit beantragt. Für die Pfalz ist vorgesehen, daß noch einmal im Bezirk eine Einigung versucht werden soll. Von den dann noch frei gebliebenen Gebieten war für Göllich eine Einigung nicht zu erreichen, weil arbeitgeberseitig örtliche Interessen den Gesamtbedürfnissen vorangeht wurden. Die Einigung für Braunschweig scheiterte gleichfalls an eigenartigen Kantonal-Bestrebungen der Unternehmer. Die Gebiete Westdeutschland, Siegerland, Rheinland standen, ausgehend von Westdeutschland, unter stärkstem Druck der Großindustrie, die durch ihre Auftragslostrukturen, aber auch durch personelle Querverbindungen in den Organisationen eine Einigung nur gestatten wollte, wenn die Arbeiterorganisationen — trotz drückender Bestimmungen des Schiedspruches — einen neuen umfangreichen Lohnabbau als Opfergabe einer Einigung zugestehen würden. Diesem, aus Anstandsgründen nicht zu charakterisierenden Ansuchen, lag wohl ein doppelter Zweck zugrunde: Schaffung eines Bauarbeiterlohnes, der als Ausgangspunkt für eine weitere Senkung des Industrie-arbeiterlohnes benutzt werden konnte. Fallensstellung für die tarifbeteiligten Gewerkschaften, um durch eine Selbst-diskreditierung Gewerkschaftsverdröppelung zu erzeugen, vielleicht auch Wege für eine sogenannte „nationale“ Arbeiterbewegung vorzubereiten. Der „begehren“ Arbeitgebers in Westfalen-Ost und Lippe wuchs der Appetit beim Essen, und sie ließ durchblicken, daß ihre leiblichen Abbanforderungen wegen Angleichens an die „Bedürfnisse“ der westdeutschen Gebiete noch erhöht werden müßten. Alles in allem ein Spiel, bei dem soziales Empfinden und die Begriffe über ehrlichen Lohn für ehrliche Arbeit hintangeseht und ausschließlich aus dem Gesichtswinkel der starken Faust heraus taktiert wurde. Volksgemeinschaftliche Gedanken sind den Trägern der weiflichen Schamerindustrie und ihren Epigonen immer Sonntagsbegriffe gewesen und werden ihnen wohl auch nur durch gewerkschaftliche Macht anezogen werden können. Für die vorgenannten sechs Gebiete war teils von Arbeitgeber-, teils von Arbeitnehmerseite die Verbindlichkeit beantragt worden. Diese ist denn auch vom damals noch amtierenden Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald ausgesprochen und damit der gleiche Rechtszustand geschaffen, den die Parteien in den übrigen Gebieten Deutschlands auf dem Wege der Vereinbarung erzielt hatten. Von Interesse ist die amtliche Begründung. Sie lautet:

„Von den für den Lohnstreit im Baugewerbe bestellenden Sonderabteilungen sind für 33 Vertragsgebiete Schieds-sprüche gefällt worden. Von diesen haben die Vertrags-parteien, teils innerhalb der Erklärungsfrist, teils in den im Reichsarbeitsministerium geführten Nachverhandlungen 27 Schiedsprüche angenommen. Nur für 6 Vertrags-gebiete konnte eine tarifvertragliche Regelung im Wege der Verständigung nicht herbeigeführt werden. Für diese Gebiete sind die Anträge auf Verbindlichkeitsklärung zur Hälfte von Arbeitgeber- und zur Hälfte von Arbeit-nehmerseite gestellt.“

Die ganze im Schlichtungswege vorgeschlagene tarif-vertragliche Regelung bildet eine Einheit. Die einzelnen Schiedsprüche berücksichtigen in angemessener Weise nicht nur die jeweilige Lage der Vertragsgebiete, sondern auch das gegenseitige Verhältnis der einzelnen Vertrags-gebiete zueinander. Nachdem die große Mehrzahl dieser Schiedsprüche zur Vereinbarung erhoben ist, liegt die Durchführung der entsprechenden tariflichen Regelung für die wenigen noch ausstehenden Gebiete sowohl im Inter-esse des Baugewerbes selbst als auch im Interesse der Allgemeinheit. Hiernach war die Verbindlichkeitsklärung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen geboten. gez.: Dr. Stegerwald.“

3. Lohnfestsetzung

für alle feuerungstechnischen Arbeiten.

auf Grund des Reichslohn- und Arbeitsstättvertrages für feuerungstechnische Arbeiten vom 27. März 1931.

Der Reichsgrundlohn wird auf Grund § 6 Ziff. 2 des Vertrages für Deutschland ohne Berlin und Ham-burg auf 89,72, für Berlin auf 109, für Hamburg auf 111,55 Pf. festgesetzt. Danach betragen die Löhne in Pfennigen einschl. Gehaltsgeld:

	Westdeutschland ohne Berlin	Berlin:	Hamburg:
Feuerungsmaurer	99	120	124
Feuerungshelfer	85	103	106
Schornsteinfeger	90	109	112
Schornsteinmaurer I	112	137	140
Schornsteinmaurer II (die noch nicht ein halbes Jahr im Schornsteinbau tätig sind)	198	131	135
Schornsteinfeger I	99	129	124
Schornsteinfeger II	90	109	112
Kesselführer und Gas-anhaltseisenmaurer	95	115	118
Dieselbau in Schleifen 90 Pf.			
Hilfslohn des Feuerungsmaurers	109	132	137
Hilfslohn des Schornsteinbauers	124	151	154

Pflasterergewerbe.

Die Verhandlungen für den Bereich Rheinland wurden durch einen Schiedspruch beendet, der im Haupt-sächlichen folgendes vorzählt:

Die Löhne betragen:	für die Pflasterer	für die Kammer
Im Lohngebiet I: Innungsbez. Köln, Düsseldorf, Wuppertal	102	92
Im Lohngebiet II: links-rhein. Teil, Reg.-Bez. Düsseldorf	98	88
Im Lohngebiet III: Stadt u. Landfr. Bonn, Siegftr., Krs. Euskirchen	97	87
Im Lohngebiet IV: Reg.-Bez. Aachen und Koblenz	87	78

Geltung ab 1. Juni. Erstmalige Kündigungsfrist zum 30. November. Ueber den Regierungsbezirk Trier soll demnächst verhandelt werden.

Aus dem Verbandsleben

Beuthen O/S. In unserer am 10. Mai stattgefundenen Monatsversammlung gab Kollege Heidrich-Gleiwitz einen Bericht über die Lohnverhandlungen. Anschließend referierte er über Arbeitsbeschaffungsfragen, wobei auch örtliche Fragen behandelt wurden. Dem Kollegen Johann Mokröj wurde in Anerkennung für treue 25jährige Mitgliedschaft in unserem Verband die Ehrenurkunde und die Silbernadel durch Kollegen Heidrich überreicht. Vorsitzender, Kollege Jojzik, sprach dem Jubilar im besonderen den Dank der Ortsgruppe aus. Der Jubilar dankte sichtlich erregt und erklärte, fester denn je im Verband mitzuwirken. — In einer außerordentlichen Versammlung am 21. Mai hielt Bezirksleiter, Kollege Leuninger-Breslau einen Vortrag über Lohn-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Redner besprach eingehend den in Schlesien erfolgten Lohnabbau und erörterte sodann die Weltwirtschaftskrise. Der unbefriedigende Versammlungsbefehl kann durch die bedauerliche Arbeitslosigkeit nicht entschuldigt werden. In einem Schlusswort sprach Kollege Heidrich über die gewerkschaftliche Treue.

Konstanz. Unsere Mai-Versammlung konnten wir zu einer besonderen Feier ausgestalten. Es galt der Tatkraft zu gedenken, daß unser Kollege Johann Baptist Funk am 7. Mai eine 25jährige Mitgliedschaft im Ver-bande vollendet hat. Zu gleicher Zeit konnte er ein noch wichtigeres Jubiläum feiern, nämlich das, daß er auch 25 Jahre das dornenvolle und verantwortungsvolle Amt des Hauptkassierers bekleidet. Musik umrahmte die Feier, die durch einen entsprechenden Prolog eingeleitet wurde. Vorsitzender, Kollege Anton Wolff, fand warme Worte für den Jubilar, dessen Leben und Arbeit er in Verbindung mit unserer gesamten und örtlichen christlichen Gewerkschaftsgeschichte schilderte. Der Jubilar erhielt die Verbandsurkunde und die Ehrennadel mit entsprechenden Glückwünschen überreicht. Als besondere Ehrung der Verwaltungsstelle wurde ihm noch eine Flasche Wein kredenz zur Stärkung für weitere Arbeit in den kommenden Jahren. Handwerksprüche und Erinnerungen kamen zu ihrem Recht. Am Schluß sprach der Jubilar seinen tiefgefühlten Dank aus.

Dortmund. Berufsgruppe der Isolierer. Am 28. Mai hielt unsere Berufsgruppe ihre Mitgliederversammlung ab, die zu gleicher Zeit als Generalversammlung galt. Der Vorstand wird im allgemeinen in Zukunft aus denselben Kollegen bestehen. Verschiedene Eingriffe der Arbeitgeberseite in die Gestaltung des Tarifvertrages und der bevorstehende Ablauf des Reichstarifvertrages gaben Anlaß, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Die Aussprache ergab vollständige Einmütigkeit über das Handeln der Gewerkschaftsleitung in den verschiedenen Streitfragen. Es zeigte sich, daß ohne Organisation auch die Isolierer nur Schaden haben werden. Aus diesem Grunde wurde ganz entschieden verlangt, daß auf dem Arbeits-platz Wert darauf gelegt wird, die Agitation für den Ver-band entschieden zu fördern. An alle, die mit den Bei-trägen im Rückstand sind, ergeht der Appell, das Ver-säumte umgehend nachzuholen. Für die kommenden Ver-handlungen zur Neugefaltung eines Reichstarifver-trages wurde nach reichlicher Diskussion der Kollege Ernst beauftragt, der Verbandsleitung die Stellung-nahme der Versammlung mitzuteilen. Der gute Verlauf der Versammlung hat gezeigt, wie notwendig der straffe Zusammenhalt der Berufscollegen ist. Diese Gelegenheit soll auch wahrgenommen werden, an alle Kollegen zu appellieren, jede Versammlung zu besuchen und auf den Arbeitsstellen in der Agitation ihre Pflicht zu tun.

Jubilarehrung in Berlin.

Das Bewußtsein der Pflichterfüllung ist ein schöner Preis, wohl dem, der sich dieses Preises würdig erweist. Unter diesem Motto hat die Verwaltungsstelle Berlin ihre Mitglieder mit Angehörigen zu einer Feier am 2. Mai eingeladen. Es galt den Kollegen Leo Schäfer und Albert Kowald für ihre in 25jähriger Mitgliedschaft geleisteten treuen Dienste eine Anerkennung zuteil werden zu lassen. Beide Kollegen sind am 10. Februar 1907 in Schwere in a. B. noch nicht zwanzigjährig, in unseren Verband eingetreten. Kühnrig und unverdrossen haben sie an der Ausbreitung der Zahl-stelle, die im Oktober 1899 gegründet und bereits im März 1900 den ersten Tarifvertrag abgeschlossen hat, mitgewirkt. Sie hatten erkannt, daß die Kollegen vom Bau schon in der Heimat dem Verbandszugehörig und gewerkschaftlich geschult werden müssen, damit sie später, auch an auswärtigen Arbeitsstellen, gefestigt und be-jähigt sind. Stets für den christlichen Bauarbeiterverband zu wirken. Auch in unserer Verwaltungsstelle haben sie von den ersten Stunden an durch aktive Mitarbeit ihre Verbandsverbundenheit bewiesen. Sie haben mit dazu beigetragen, daß unser Verband in der Reichshauptstadt sich durchsetzen und behaupten konnte und heute allseitig

beachtet und anerkannt ist. Mit der Bitte, auch weiter-hin ihre Kraft zur Verfügung zu stellen und auch der jüngeren Generation hilfsbereit und führend zur Seite zu stehen, überreichte Kollege Weber ihnen die Ehren-urkunde und die silberne Verbandsnadel. Anschließend wurde noch 32 Kollegen in Anerkennung für ihre erfolg-reiche Werbetätigkeit im Jahre 1931 eine Urkunde sowie je nach Anzahl der erworbenen Mitglieder das Werbe-abzeichen in Bronze, Silber oder Gold überreicht.

Bezirksleiter, Kollege Herrmann, überbrachte die Glückwünsche des Hauptvorstandes und des Bezirks. In anfeuernden Worten schilderte er, mit welchem Ernst heute um die Existenz der Bauarbeiter gerungen werden müßte. Er stellte dabei die Jubilare als Vorbild hin, die schon manchen Sturm in den Reihen des Verbandes um die berechtigten Belange der Bauarbeiterkraft mit-erlebt haben. Auch diejenigen Kollegen, die in den letzten Jahren ihre Treue dem Verbands gegenüber durch Gewinnung neuer Mitglieder bewiesen haben, sollten als Beispiel wirken. Ein jeder muß heute erkennen, daß in dieser ersten Stunde die Mitarbeit aller erforderlich ist, um den Bestand der Organisation zu garantieren und sie zu stärken, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden kann. Mit einem Hoch auf den Verband schloß er seine begeisterten Worte. — In Geselligkeit verbrachte Stun-den rundeten die Feier ab, die ein neues inneres Ver-sprechen war, auch draußen im täglichen Kampf zu-jammenzustehen und dem Verbands die Treue zu halten.

Bücherschau

Das deutsche Bauparzen. Von Dr. A. Krahn und Dr. B. Kallien-boed. Berlin 1932. Verlag Reimar Hobbing. 80, 127 Seiten. Preis: Ganzleinenband 5,40 Mark.
Gerade in der augenblicklichen Wirtschaftskrise, die die Bautätig-keit fast zum Erliegen gebracht hat, hat der Bauparzenband seine große Bedeutung. Leider hat er durch manche rein spekulative Gründung und die daraus folgenden Zusammenbrüche unglücklicher Unternehmungen einen schweren Stoß erlitten. Aber trotz allem muß der an sich gelungene Gedanke sich durchsetzen. Die Reichsaufsicht muß beschleunigt den Säu-berungsprozess durchführen. Darüber hinaus muß das erschütterte Vertrauen zum Bauparzen wiederhergestellt werden. Das wird nur der Fall sein, wenn volle Klarheit darüber besteht, was die Bau-parzen leisten und die Bauarbeiter erwarten können. — Dieser Auf-gabe widmet sich das vorliegende Buch. Nach einem kurzen geschicht-lichen Überblick bringt es eine vorbildliche kritische Darstellung der Technik und der Probleme des Bauparzens. Manche Illusionen wird gerührt, aber um so deutlicher tritt der gesunde Kern des Bauparzens hervor. Aus dem Inhalt sei erwähnt: Der organisatorische Aufbau (offener Sparschatz, geschlossene Gruppe), das Zuteilungsverfahren (Lohnsystem, Auslohnung, Zeit- und Geldsystem), Wartezeit, Zins und Ausgleich. Wir können das Buch allen Interessenten nur dringend empfehlen.

Sterbetafel

Am 15. Mai erlag im Alter von nur 47 Jahren unser Kollege August Ebert einem Herzschlag. Der Verstorbene hat als langjähriges Vorstandsmitglied und als Vertrauensmann der Verwaltungsstelle Kaiserslautern und unserer Ortsgruppe wertvolle Dienste geleistet. Wir wollen in seinem Sinne weiterarbeiten. Ortsgruppe Weierbach.
Am 27. Mai starb infolge eines Herzschlages unser treuer, langjähriger Kollege Karl Bohshammer, Maurer, im Alter von 60 Jahren. Ortsgruppe Köln-Lindenthal.
Im Alter von 45 Jahren starb unser treuer Kollege Theodor Bentzenhoff an chronischer Nieren-entzündung. Verwaltungsstelle Hamm (Westf.)
Infolge Herzschlag starb plötzlich unser treuer Kollege Josef Hellbach, Fliesenleger, im Alter von 49 Jahren. Verwaltungsstelle Kassel.
Ehre ihrem Andenken!

Möbel-Kamerling
N. Kastanien-Allee 36
(Ecke Fehrbellinerstr.)
Speiser., Schlafz., Her-
renz., Küchen, Polster-
möb., Groß- u. Klein-
preis. Verleih. gew.
Möb. u. Pr.



Kauf Kluft und Kelle
von Arthur Capelle
Spezialfabr. f. Bauhandw.-Ausstattung
Berlin N. 54, Alte Schanzenstr. 54
Presl. gratis - 2. Gesch. Dircsenstr. 2

Berufs- u. Sportbekleidung
Werkzeuge, Teakholz-Wasser-wagen „Teakin“, Schlapphüte, Isländer, Orig. Berliner Stuk-kateuranzüge. Preisliste gratis
Mechanische Kleiderfabrik
Versandhaus Fritz Ulrich
Altona-Elbe 10 Gustavstr. 56-60

Nichtraucher
Garant. in 3 Tagen!
Trostlos!
Santitas-Depot,
Salle (Salle) 40 W.

Schuhe im Triumph der Billigkeit!
Schuhfabrik
Santitas-Depot
Besuchen Sie schon den neuen, farbigen Produktkatalog mit hunderten erstklassig billigen An-geboten? Nicht! — Dann lassen Sie Ihren Kaufmännischen Instanz ohne Kaufverpflichtung, insenden!
Herren- u. Damenfußbekleidung...
Herausgeber: Weltweit bei Nichtgefallen.
Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft
München P12 m.b.H., Rosenstr. 11

Left den Deutschen

Maurer-Hosen
Dreidraht, ganz schwer
9,75, Zweidraht, schwer
6,—, Muster gratis und franko
Herbert Fritzsche
Niederoderwitz i. Sa.

Schlantheit
erzielen Sie über Nacht durch äußere Einrei-ßen ohne Hungerkur. Kunstlos! Santitas-Depot, Salle (Salle) 400 X.